



BHFİ · c/o Ossenbeck · Himmelstr. 19c · 22299 Hamburg

An den Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher

An den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg

**Hamburg, 11.03.2022**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher,  
sehr geehrte Senatorinnen und Senatoren,

das Bündnis Hamburger Flüchtlingsinitiativen begrüßt ausdrücklich die getroffenen Maßnahmen auf innen- und sozialpolitischer Ebene zur Aufnahme der geflüchteten und vertriebenen Menschen aus der Ukraine. Sowohl die Europapolitik wie auch die Bundes- und Landespolitik greift das hilfsbereite Willkommen der Zivilbevölkerung erfreulich und mit hoher Wertschätzung auf. Dass die rechtlichen Grundlagen zum Aufenthalt und die Rahmenbedingungen für Arbeit und Ausbildung schnell und integrationsfördernd geschaffen worden sind, ist eine besonders gute Nachricht.

Unser Engagement in Zusammenarbeit mit der Hamburger Verwaltung und der BürgerStiftung Hamburg zeigt das große Mitgefühl mit den Vertriebenen und unsere Bereitschaft, auch diese außergewöhnlichen Umstände ehrenamtlich mitzubegleiten.

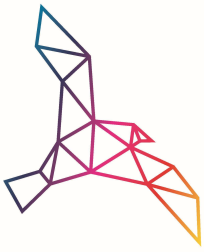
Wir nehmen diese so tatkräftige und konstruktive Haltung der Politik zum Anlass, unseren Blick aber erneut auch auf die Situation der Afghaninnen und Afghanen in Deutschland und Afghanistan zu lenken.

Im Windschatten des grausamen Krieges in der Ukraine verschärft sich die Lebenssituation der Menschen unter den Taliban von Tag zu Tag. Neben Hunger sind Unterdrückung, Verfolgung und kriegsähnliche Handlungen bitterer Alltag.

Auch hier hat Deutschland eine Verantwortung, die zu gerechtem Handeln zwingt.

Auf Bundesebene muss dies die sofortige Umsetzung der Vorhaben des Koalitionsvertrags/eine Reform des Ortskräfteverfahrens/die Öffnung der Menschenrechtsliste/humanitäre Visa für Verfolgte sowie unkomplizierter Familiennachzug bedeuten.

Hamburg muss auf Landesebene nun so schnell wie möglich seinen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit mit einem Aufnahmeprogramm leisten und für eine Gleichbehandlung von Kriegsflüchtlingen sorgen.




Auch sollten die in Hamburg lebenden Afghanen, die seit Jahren von einer Duldung in die nächste "verwaltet" werden, mit der Neuauflage der Senatorenregelung einen Aufenthalt eingeräumt erhalten, der eine dauerhafte Bleibesperspektive ermöglicht.

Wir machen uns ansonsten ernsthafte Sorgen um den sozialen Frieden unter den Geflüchteten.

Aus dem "Wir schaffen das" und den Erfahrungen der letzten Jahre, haben wir in den letzten zwei Wochen erlebt, dass Empathie und Menschenwürde keine leeren Worte sind. Wir erwarten diese Haltung unabhängig von Nation und Herkunft und wissen nun auch erfreulicherweise, dass es geht.

Mit freundlichen Grüßen

  
Johanna von Hammerstein

  
Manfred Ossenbeck